

923

An die
Bezirksregierung
Dezernat 53

Anlage 1

(Datum)

Zutreffendes bitte ankreuzen D
bzw. ausfüllen!

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im ÖPNV

1 Antragsteller

Unternehmen/Gemeinde (Gemeindeverband), Zweckverband	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Auskunft erteilt (Name, Telefon)	Telefax-Nummer
Kontonummer	Bankleitzahl
Name und Sitz des Kreditinstitutes	

2 Maßnahmen**2.1**

Q Maßnahmen zur Erhöhung der personellen Präsenz für Service und/oder Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen
geplanter Personaleinsatz: _____ Stellen durch eigenes Personal
(Erläuterungen gemäß Anlage 1) _____ Anzahl der Neueinstellungen

G Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung im Ausbildungsberuf Kauffrau/Kaufmann für Verkehrsservice, und zwar Einrichtung von _____ Lehrstellen.

0 Sicherheits- und servicerelevante Fahrzeugausstattungen, und zwar

.....
.....
.....
.....

0 Sonstige Sicherheits- und Servicemaßnahmen bzw. -einrichtungen, und zwar

.....
.....
.....

2.2

Durchführungszeitraum (von/bis)

3 Gesamtkosten

923

Gesamtkosten:	_____	DM
Beantragte Zuwendung	_____	DM

4 Finanzierungsplan (Angabe in TDM)

Jahre	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)						Bemerkungen
	19						
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)							
4.2 Eigenanteil							
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)							
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.5.) durch							
4.5 Beantr. Zuwendung							

5 Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme wird auf das als Anlage 2 beigelegte **Sicherheits- und Servicekonzept** verwiesen.

6 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, daß

- 6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird;
- 6.2 er zum Vorsteuerabzug
 - nicht berechtigt ist,
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 4.1) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 6.3 ihm bekannt ist, daß die Angaben im Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen) subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 StGB sind.
- 6.4 für Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen **zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr** die auszustattenden Fahrzeuge weder nach den W zu § 12 Abs. 3 bzw. § 13 **Regionalisierungsgesetz** Nordrhein-Westfalen gefördert wurden noch gefördert werden sollen.
- 6.5. die Angaben in **diesem** Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

923

Anlagen:

1. Aufstellung über das **eingesetzte**, qualifizierte **Service-** und Sicherheitspersonal einschließlich **Zeitpunkt der Einstellung / Gestaltung**
2. **Sicherheits-** und Servicekonzept

Ort/Datum

Unterschrift



Zuwendungsbescheid
(Projektförderung)

923

Betreff: Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen

hier: Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr)

Bezug: Ihr Antrag vom

- Anla.:**
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung - ANBest-P-*)
 - Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) -ANBest-G-*)
 - Verwendungsnachweis (2fach)

I.

1. Bewilligung

Auf Ihren v. g. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom
(Bewilligungszeitraum)

bis

eine Zuwendung in Höhe von

DM

(in Buchstaben:

Deutsche Mark)

2. Zur Durchführung folgender Maßnahme:

Die Zuwendung ist bestimmt für

Für die nach den Nrn 2.2 und 2.3 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr geförderten Gegenstände werden die folgenden Zweckbindungsfristen festgelegt:

923

3. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in der Form der Festbetragsfinanzierung zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, in Höhe von DM, als Zuweisung/Zuschuß*) gewährt.

4. Ermittlung der Zuwendung

Die Zuwendungshöhe wurde wie folgt ermittelt:

..... DM
..... DM
..... DM

5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf
Ausgabeermächtigung
Verpflichtungsermächtigung
davon
davon
davon
davon

..... DM
..... DM
..... DM
..... DM
..... DM
..... DM
..... DM

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den ANBest-P/ANBest-G*) ausgezahlt

II.

Nebenbestimmungen:

Die beigefügten ANBest-P/ANBest-G*) sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend oder ergänzend wird folgendes bestimmt:

1. Die Nummern 1.2, 1.42, 2, 3.1, 3.5, 7.2 und 7.4 der ANBest-P/1.2, 1.3, 1.41 bis 1.43, 2, 6 und 7.6 der ANBest-G*) finden keine Anwendung.

Für den Nachweis der Verwendung für Maßnahmen nach der Nr. 2.1 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr genügt ein Nachweis nach Nr. 6.6 ANBest-P.

*) Nichtzutreffendes streichen.

2. Dem Zwischen- und ***Verwendungsnachweis** sind Nachweise über die Qualifizierung des eingesetzten Personals beizufügen. Daneben sind bis zum 30.04. des auf diese Bewilligung folgenden Jahres (ggfs. mit dem **1. Zwischennachweis**) die **Arbeits-** bzw. Gestellungsverträge vorzulegen.
3. Dem Verwendungsnachweis ist die Dokumentation der Erfolgskontrolle für durchgeführte **Maßnahmen** beizufügen.
4. Die Belange insbesondere von Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sind zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 8 **Regionalisierungsgesetz NW**). Ebenso ist den Belangen von Frauen und Kindern in geeigneter Weise Rechnung zu tragen (§ 2 Abs. 9 **Regionalisierungsgesetz NW**).
5. Die Zuwendung erfolgt aus Mitteln nach § 8 Abs. 2 des **Bundesregionalisierungsgesetzes** und ist eine Subvention im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 des **Landessubventionsgesetzes**. Der Zweck der Subvention besteht in der Förderung der Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, wie sie in dem hierzu gestellten Antrag zum Ausdruck kommt.
- Alle Angaben im Antrag, den Antragsunterlagen und im Verwendungsnachweis, von denen die Be-
schaffung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind
subventionserhebliche Tatsachen.
6. Die Bewilligung erfolgt unter der Bedingung der Gewährung entsprechender Mittel durch den Bund an das Land Nordrhein-Westfalen.

923

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei mir, der Bezirksregierung einzulegen.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

^{*)} Nichtzutreffendes streichen.

923

(Zuwendungsempfänger)

den
(Ort, Datum)

Femsprecher

Bezirksregierung
Dezernat**Verwendungsnachweis**

Sicherheit und Service im öffentlichen Personennahverkehr

Durch Zuwendungsbescheid(e) der	(Bewilligungsbehörden)	
vom	AZ.:	über
vom	Az.:	über
wurde zur Finanzierung der o. g. Maßnahme bewilligt.		insgesamt
Es wurden ausgezahlt		insgesamt

I. Sachbericht

Kurze Darstellung der durchgeföhrten Maßnahmen u. a. Beginn, Maßnahmedauer, Abschluß, Erfolg und Auswirkung der Maßnahme, etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zugrundeliegenden Planungen und vom Finanzierungsplan).

Die Dokumentation der Erfolgskontrolle für die durchgeföhrten Maßnahmen ist auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

II. Zahlenmäßiger Nachweis

923

Lfd. Nr.	Nr. der Belege	Tag der Zahlung	Empfänger sowie Grund der Zahlung	Ausgabe	
				DM	Pf
			Summe:		

- Die listenmäßige Aufstellung über das beschäftigte Personal
- die Erklärung über die jährlich gezahlte Vergütung,
- der Nachweis über die Qualifizierung des eingesetzten Personals,
- **Arbeits- bzw.** Gestellungsverträge,
- die Verträge über die Auftragsvergabe und deren Bestätigung,
- die **Originalrechnung/-en** des/der Lieferanten* und
- die Kopien der Belege über die Ausgaben (gilt nur für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2 und 2.3 der Richtlinie) und den Eingang der Zuwendung (**Überweisungsträger**)*

sind beigefügt.

III. Bestätigungen

Es wird bestätigt, daß

- die Allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden,
- die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

* gilt nicht für Gemeinden / Gemeinde- und Zweckverbände

923

Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde (Nr. 12.2 VV/Nr. 11.2 VVG)

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine/die **nachstehenden*** Beanstandungen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)